

---

1.7.2023

# **Empfehlungen zur Vermittlung anderer Hilfen und zur erweiterten Unterstützung**

überarbeitet unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Reform  
des Vormundschafts- und Betreuungsrechts 2023

## Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung .....	2
B. Die Position der örtlichen Betreuungsbehörde an der Schnittstelle zu den sozialen Sicherungssystemen .....	3
C. Verfahrens- und Fallverantwortung .....	4
D. Aufgaben im Vorfeld eines Betreuungsverfahrens .....	6
1. Vermittlung anderer Hilfen .....	6
2. Prüfung und ggf. Durchführung erweiterter Unterstützung .....	6
E. Aufgaben während eines gerichtlichen Betreuungsverfahrens .....	7
1. Vermittlung anderer Hilfen .....	7
2. Prüfung und ggf. Durchführung erweiterter Unterstützung .....	7
3. Beschränkung auf Modellprojekte .....	8
F. Beauftragung von Betreuungsvereinen oder beruflichen Betreuern .....	8
G. Anlage: Übersicht zu den Konstellationen der erweiterten Unterstützung .....	9

## A. Einleitung

Die Empfehlungen verstehen sich als Arbeits- und Organisationshilfe für örtliche Betreuungsbehörden bei der Umsetzung ihrer Beratungs- und Unterstützungsaufgaben, insbesondere der Vermittlung anderer Hilfen und der Prüfung und ggf. Durchführung einer erweiterten Unterstützung.

Die Empfehlungen wollen

- die Position der örtlichen Betreuungsbehörde an der Schnittstelle zu den sozialen Sicherungssystemen bestimmen,
- die Unterschiede zwischen Verfahrensverantwortung und Fallverantwortung verdeutlichen,
- die konkreten Schritte im Hinblick auf die Vermittlung anderer Hilfen beschreiben und
- Kriterien für die Prüfung und Durchführung bzw. Beauftragung einer erweiterten Unterstützung skizzieren.

Der rechtlichen Betreuung nach §§ 1814 ff. BGB liegt der Erforderlichkeitsgrundsatz zugrunde, welcher sich durch das gesamte Betreuungsrecht zieht und auch mit Blick auf die UN-Behindertenrechtskonvention zu beachten ist.

Bereits durch das Gesetz zur Stärkung der Funktionen der Betreuungsbehörde vom 28.8.2013 erfuhr die örtliche Betreuungsbehörde eine Aufwertung als Fachbehörde. Mit dem obligatorischen Sozialbericht und der Pflicht zur Vermittlung anderer Hilfen (damals § 4 BtBG) leistet sie einen wichtigen Beitrag zur besseren Umsetzung des Erforderlichkeitsgrundsatzes und trägt zur Wahrung der Selbstbestimmung und Autonomie des Betroffenen<sup>1</sup> bei. Die örtliche Betreuungsbehörde leistet durch ihre vielfältigen Informations-, Beratungs- und Unterstützungsaufgaben ihren Beitrag für eine inklusive Gesellschaft. Sie trägt dazu bei, dass möglichst viele Menschen die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention als ständigen Veränderungsprozess hin zu einer inklusiven Gesellschaft begreifen.

An der Schnittstelle zu den Handlungsfeldern rechtlicher Betreuung stehen die Angebote und Verpflichtungen verschiedener Leistungsträger, Leistungserbringer und sozialer Dienste. Gute Kooperation und exakte Abgrenzung im Verhältnis von rechtlicher Betreuung und sozialen, gesundheitlichen wie auch pflegerischen Leistungen sind der Schlüssel zu einer gelingenden und bedarfsgerechten Versorgung von Menschen, die der Unterstützung bei der Besorgung ihrer eigenen Angelegenheiten bedürfen.

Der Gesetzgeber hat die Aufgaben der örtlichen Betreuungsbehörden daher mit der Betreuungsrechtsreform zum 1.1.2023 in §§ 8, 11 BtOG konkretisiert und erweitert:

- Wenn sich im konkreten Einzelfall ein Betreuungsbedarf abzeichnet, hat die örtliche Betreuungsbehörde die Pflicht zur Vermittlung anderer Hilfen, zur Herstellung eines Kontaktes zwischen Betroffenen und sozialem Hilfesystem und zur Unterstützung bei der Beantragung antragsabhängiger Leistungen.
- Darüber hinaus kommt in geeigneten Fällen die Prüfung und ggf. Durchführung einer erweiterten Unterstützung in Betracht. In laufenden gerichtlichen Verfahren können die Länder dies im Rahmen von Modellprojekten auf einzelne örtliche Betreuungsbehörden beschränken.

---

<sup>1</sup> Der besseren Lesbarkeit halber wird auf die Nennung sämtlicher Geschlechter verzichtet. Die Empfehlungen orientieren sich in dieser Hinsicht an den gesetzlichen Formulierungen der Betreuungsrechtsreform. Es sind immer alle Geschlechter gemeint (w, m, d).

Werden betreuungsvermeidende Hilfebedarfe deutlich, konkretisiert die örtliche Betreuungsbehörde die Art der Unterstützungsleistungen und vermittelt über die Einschaltung der vor Ort zuständigen sozialen Sicherungssysteme die geeigneten Hilfen und vermeidet so gegebenenfalls die Bestellung einer rechtlichen Betreuung.

Unter dem Begriff „andere Hilfen“ werden alle am individuellen Bedarf orientierten Hilfen verstanden, die eine rechtliche Betreuung effektiv vermeiden. Es geht um Unterstützungsleistungen, die den Menschen dazu ermächtigen, seine Rechts- und Handlungsfähigkeit selbstständig ausüben zu können, und die nicht aus dem Rechtssystem des Erwachsenenschutzes stammen. Dies können Ansprüche und Hilfen aus den sozialen Sicherungssystemen (Sozialversicherungen, Soziale Versorgung, Fürsorgeleistungen), privatrechtliche Hilfen (z. B. Auftrag und Vollmacht für eine Vertrauensperson, Anwalt) sowie die Aktivierung von Ressourcen im Rahmen der Selbst- und Familienhilfe bzw. des Umfeldes sein.

Als hochfunktionale andere Hilfen haben sich die kommunale Sozialarbeit, sozialpsychiatrische Dienste und Assistenzleistungen im Rahmen der Eingliederungshilfe erwiesen.

Die Möglichkeit der Betreuungsvermeidung hängt nicht nur von der individuellen Situation des Betroffenen, sondern auch von der örtlichen Infrastruktur ab. Es empfiehlt sich, alle vor Ort verfügbaren anderen Hilfen in einer Übersicht zusammenzutragen.

Wichtig ist, dass – anders als vor der Betreuungsrechtsreform – andere Hilfen nicht mehr „ebenso gut“ wie eine rechtliche Betreuung zur Besorgung der Angelegenheiten einer Person geeignet sein müssen (so die Rechtslage nach § 1896 Abs. 2 S. 2 BGB a. F.). Nach § 1814 Abs. 3 S. 2 Nr. 2 BGB n. F. genügt es, dass die Angelegenheiten überhaupt bzw. tatsächlich erledigt werden.<sup>2</sup> Hier zeigt sich: Die Stärkung der Selbstbestimmung bedeutet zugleich mehr Eigenverantwortung. Eine Art Wunsch- und Wahlrecht auf rechtliche Betreuung besteht nicht. Ist die Person geschäftsfähig und sind ausreichend andere Hilfen verfügbar und nutzbar, so wird die rechtliche Betreuung in den meisten Fällen nicht erforderlich sein.

## **B. Die Position der örtlichen Betreuungsbehörde an der Schnittstelle zu den sozialen Sicherungssystemen**

Die örtliche Betreuungsbehörde steht an der Schnittstelle zwischen Betreuungsrecht und Sozialrecht und muss insbesondere durch Vernetzung, Information und enge Zusammenarbeit vor Ort aktiv werden, um ihre Rolle auszufüllen. Für die konstruktive Umsetzung dieser Prozesse sind gute Kenntnisse und Kontakte zu den Sozialleistungsträgern und -erbringern und anderen, insbesondere niedrigschwelligen Angeboten im örtlichen Zuständigkeitsbereich unverzichtbar. Sofern es an Hilfsangeboten mangelt, kann die örtliche Betreuungsbehörde die Implementierung in das jeweilige Hilfesystem anregen. Eine gute Vernetzung im Sozialraum ist Voraussetzung dafür.

Gegen den freien Willen des Betroffenen kann die örtliche Betreuungsbehörde nicht tätig werden. Erforderlich ist das Einverständnis der betroffenen Person und die Beachtung der datenschutzrechtlichen Voraussetzungen und Normen (zur Verarbeitung personenbezogener Daten s. § 4 BtOG). Die örtliche Betreuungsbehörde muss den betroffenen Menschen informieren und sich nach seinen Wünschen richten. Als Instrument bietet sich die „unterstützte Entscheidungsfindung“ an. Dabei kann sich der Betroffene auch gegen die Inanspruchnahme bestimmter Hilfen oder Nachteilsausgleiche entscheiden, was die Betreuungsbehörde grundsätzlich zu respektieren hat. Lediglich gravierende Handlungszwänge in Not- und Gefahrensituationen können zum

---

<sup>2</sup> Vgl. auch die Begründung zum Regierungsentwurf der Betreuungsrechtsreform, BT-Drs. 19/24445 S. 233.

Schutz eines Menschen ein Tätigwerden auch losgelöst von einem evtl. noch freien Willen oder den geäußerten Wünschen notwendig machen (§ 9 Abs. 1 BtOG).

Die Bereitstellung, Bearbeitung und Leistung der notwendigen anderen Hilfen erfolgen durch die gesetzlich zuständigen Stellen, Träger und Dienste. Der örtlichen Betreuungsbehörde kommt lediglich ein Vermittlungsauftrag und Hilfe bei der Kontaktherstellung zu. Im Rahmen der erweiterten Unterstützung dagegen kann es geboten sein, den Betroffenen temporär selbst zu unterstützen, bis z. B. der Kontakt zum Hilfesystem hergestellt bzw. tragfähig ist. Die Schaffung von Doppelstrukturen ist zu vermeiden.<sup>3</sup>

Sozialleistungsträger und Betreuungsbehörden sind wechselseitig zur Zusammenarbeit verpflichtet (§§ 8 Abs. 1 BtOG, 17 Abs. 4 SGB I). Insbesondere in der Eingliederungshilfe ist die Beteiligung der örtlichen Betreuungsbehörde mit Einverständnis des Betroffenen zu einem frühen Zeitpunkt möglich (§ 22 Abs. 4 SGB IX).

Die Betreuungsbehörde hat keine Kontrollfunktion oder Weisungsbefugnis gegenüber den Leistungsträgern. Sie hat jedoch dafür zu sorgen, dass der Betroffene bei der Beantragung antragsabhängiger Leistungen unterstützt wird, entweder indem sie dies selbst gewährleistet, indem sie den Betroffenen bei der Antragsstellung unterstützt, oder indem sie die ratsuchende Person fördert, den Rechtsanspruch (bspw. gem. § 106 SGB IX) durchzusetzen.

Die Wahrnehmung der Aufgaben „Vermittlung anderer Hilfen“ und „erweiterte Unterstützung“ erfordert die Zustimmung des Betroffenen und kann

- vor einem Betreuungsverfahren, wenn im Einzelfall Anhaltspunkte für einen betreuungsrechtlichen Bedarf bestehen gemäß § 8 BtOG (s. Kapitel C), und
- während der Umsetzung der Betreuungsgerichtshilfe sowie im laufenden Betreuungsverfahren gemäß § 11 BtOG (s. Kapitel D)

erforderlich werden.

### **C. Verfahrens- und Fallverantwortung**

Zur betreuungsbehördlichen Pflichtaufgabe gehört nach § 8 Abs. 1 BtOG die Vermittlung anderer Hilfen. Der örtlichen Betreuungsbehörde obliegt es in eigener Verfahrensverantwortung, zur Vermeidung einer Betreuerbestellung den Betroffenen ein Beratungs- und Unterstützungsangebot zu unterbreiten. Das Beratungsangebot der Behörde wird durch ein Unterstützungsangebot ergänzt. Die örtliche Betreuungsbehörde soll mit Zustimmung der Betroffenen bei der Suche nach betreuungsvermeidenden und passgenauen Hilfen aktiv unterstützen. Sie macht auf gegebenenfalls bestehende Ansprüche und Hilfen aufmerksam und unterstützt den betroffenen Menschen beim Zugang zu diesen Hilfen. Hierzu gehören auch die Unterstützung bei der Erstellung einer Vollmacht, die Abklärung von Zuständigkeiten sowie die Vereinbarung und gegebenenfalls gemeinsame Terminierung bei Fachdiensten. Weiter macht die Behörde auf adäquate Selbsthilfemöglichkeiten aufmerksam, wie die Beauftragung eines Anwaltes mit der Möglichkeit der Beratungs- und Prozesskostenhilfe.

---

<sup>3</sup> Hilfestellung bezüglich der Abgrenzung zum Sozialrecht leistet die Handreichung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge „Kooperation und Abgrenzung – Das Verhältnis von Rechtlicher Betreuung und sozialer, pflegerischer und gesundheitlicher Unterstützung“ vom 10.5.2022, abrufbar unter: <https://www.deutscher-verein.de/de/empfehlungenstellungennahmen-2022-kooperation-und-abgrenzung-das-verhaeltnis-von-rechtlicher-betreuung-und-sozialer-pflegerischer-und-gesundheitlicher-unterstuetzung-4640,2484,1000.html>.

Unbeschadet der mit der Betreuungsrechtsreform erfolgten Konkretisierung des Vermittlungs- und Unterstützungsauftrags hat die Betreuungsbehörde bei der Vermittlung anderer Hilfen keine Fallverantwortung. Es bleibt bei einer Verfahrensverantwortung. Die Behörde übernimmt insbesondere gegenüber anderen Trägern keine Vertretung der Betroffenen, unterstützt sie aber aktiv in der Umsetzung ihrer Anliegen, Wünsche und Bedürfnisse.

Nach § 8 Abs. 2 S. 1 BtOG kann die Behörde über die Beratung und Unterstützung nach Abs. 1 hinaus in geeigneten Fällen mit Zustimmung der Betroffenen das neue Instrument der erweiterten Unterstützung einsetzen. Diese ist ein auf das Betreuungswesen fokussiertes, zeitlich begrenztes, fachlich besonders qualifiziertes Fall-Management mit dem Ziel der der Betreuungsvermeidung bzw. der Einschränkung der erforderlichen Aufgabenkreise.<sup>4</sup> Damit wird die Vermittlung anderer Hilfen um ein erweitertes Verfahren ergänzt in Fallkonstellationen, in denen nach Einschätzung der Behörde eine rechtliche Betreuung vermieden werden kann. Der Gesetzgeber hat von einer weitergehenden Definition hinsichtlich der konkreten Umsetzung und zur Dauer der erweiterten Unterstützung abgesehen.

Die Umsetzung der erweiterten Unterstützung liegt in der Verantwortlichkeit der örtlichen Betreuungsbehörde. Die Behörde ermittelt auf der Grundlage ihrer Sachverhaltsaufklärung die Vorgänge, bei denen die Aussicht besteht, eine rechtliche Betreuung zu vermeiden oder den Aufgabenkreis einzuschränken. Die Umsetzung dieser Aufgabe kann dazu führen, dass Menschen mit Beeinträchtigungen bei der Ausübung ihrer Rechts- und Handlungsfähigkeit Unterstützung erhalten. Hierzu gehört die Verpflichtung, für sie ein individuelles und persönliches Fallmanagement zu gestalten, damit diese beispielsweise ihre Sozialleistungen durchsetzen können.

Durch die „erweiterte Unterstützung“ entsteht eine zeitlich begrenzte Fallverantwortung, deren konkrete Dauer im Einzelfall von der örtlichen Betreuungsbehörde festzulegen ist. Das Tätigwerden der Betreuungsbehörde beschränkt sich auf Fälle, in denen Anhaltspunkte für einen Betreuungsbedarf bestehen. Sie leistet dabei keine allgemeine Erwachsenenhilfe.

Gemäß § 11 Abs. 4 BtOG kann die örtliche Betreuungsbehörde in laufenden Betreuungsverfahren von den Gerichten aufgefordert werden zu prüfen, ob durch eine erweiterte Unterstützung die rechtliche Betreuung aufgehoben oder eingeschränkt werden kann. Die Behörde kann ist in diesen Fällen zur Überprüfung verpflichtet, aber die Einschätzung zur Geeignetheit des Falls und ggf. zur Umsetzung der erweiterten Unterstützung liegt auch hier ausschließlich im Ermessen der Betreuungsbehörde. Die Fallverantwortung bleibt während eines Betreuungsverfahrens beim bereits bestellten rechtlichen Betreuer. Zur Umsetzung kann ein Gespräch mit Betreuer und ggf. betreuter Person geeignet sein.

Die Betreuungsbehörde kann nach § 8 Abs. 4 BtOG und nach § 11 Abs. 3 S. 2 i.V.m. § 8 Abs. 4 BtOG mit der Wahrnehmung der erweiterten Unterstützung einen anerkannten Betreuungsverein oder einen selbstständigen beruflichen Betreuer beauftragen. Die Verantwortung für die Durchführung der erweiterten Unterstützung als behördliches Verfahren bleibt auch im Falle der Beauftragung vollumfänglich bei der Betreuungsbehörde. Durch die Beauftragung der Betreuungsvereine oder Berufsbetreuer entsteht bei diesen keine Befugnis, hoheitliche Aufgaben wahrzunehmen.

Auch mit Blick auf die unterschiedliche Verfahrens- und Fallverantwortung ist auf die Bedeutung einer guten Netzwerkarbeit zu den sozialen Sicherungssystemen sowie zu anderen Ämtern der eigenen Kommune hinzuweisen. Schnittstellendiskussionen und Absprachen ermöglichen eine Verbindlichkeit zu Gunsten des betroffenen Menschen (z. B. Bekanntgabe einer Notlage bzw. eines Hilfebedarfs, Einhaltung von Fristen, kein Vorhalt fehlender Mitwirkung, Zahlung von Sozialleistungen), schaffen durch Vereinfachung der Zusammenarbeit Synergieeffekte und unterstützen den zuständigen Leistungsträger, im Rahmen seines gesetzlichen Auftrages tätig zu werden.

---

<sup>4</sup> Begründung zum Regierungsentwurf der Betreuungsrechtsreform a.a.O. (Fn. 2) S. 160.

## **D. Aufgaben im Vorfeld eines Betreuungsverfahrens**

### **1. Vermittlung anderer Hilfen**

Wenn im Einzelfall Anhaltspunkte für einen Betreuungsbedarf bestehen, hat die örtliche Betreuungsbehörde grundsätzlich bereits vor dem gerichtlichen Verfahren zur Bestellung einer rechtlichen Betreuung die Pflicht zur Abklärung des konkreten Hilfebedarfs im Einzelfall und zur Vermittlung des hilfebedürftigen Menschen an die zuständigen sozialen Sicherungssysteme: Nach § 8 BtOG soll die Behörde dem Betroffenen ein Beratungs- und Unterstützungsangebot unterbreiten, welches auch die Pflicht zur Vermittlung anderer Hilfen, bei denen kein Betreuer bestellt wird, umfasst. Insbesondere ist ein Kontakt zwischen Betroffenen und dem Beratungs- und Unterstützungsangebot des sozialen Hilfesystems herzustellen. Bei antragsabhängigen Leistungen ist der Betroffene dabei zu unterstützen, die notwendigen Anträge selbst zu stellen.

Bei den Mitarbeitenden der örtlichen Betreuungsbehörde muss ein solides sozialrechtliches Grundwissen vorhanden sein, um auf mögliche Leistungsansprüche hinzuweisen. Dieser Bedarf an sozialrechtlichem Grundwissen sollte sich auch in einem verstärkten Fortbildungsangebot für Mitarbeiter von Betreuungsbehörden widerspiegeln.

Die Vermittlung ist in der Regel ein Handeln. Diese aktive Unterstützung geht in den meisten Fällen über eine Beratung oder das bloße Aushändigen von Informationsmaterial hinaus. Der Weg zur anderen Hilfe sollte beschrieben werden, damit Hemmschwellen abgebaut werden. Es ist die Rolle der Betreuungsbehörde, die Betroffenen zu motivieren/empowern, sich aktiv am Prozess zu beteiligen. Ist die betroffene Person nicht in der Lage, den Kontakt selbst herzustellen, ist aktive Unterstützung durch die örtliche Betreuungsbehörde anzubieten, z. B. durch Vereinbarung von Terminen. Auch eine Erinnerung an den Termin kann sinnvoll sein. Bei der Vermittlung anderer Hilfen sind das Einverständnis und die Mitwirkung der betroffenen Person elementare Grundvoraussetzungen.

Eine gute Übersicht zur Erschließung anderer Hilfen gibt die Handreichung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge „Kooperation und Abgrenzung – Das Verhältnis von Rechtlicher Betreuung und sozialer, pflegerischer und gesundheitlicher Unterstützung“ (s. Fn. 3).

### **2. Prüfung und ggf. Durchführung erweiterter Unterstützung**

Die Beratung und Unterstützung der Behörde nach § 8 Abs. 1 BtOG kann darüber hinaus in geeigneten Fällen mit Zustimmung des Betroffenen im Wege einer erweiterter Unterstützung durchgeführt werden (§ 8 Abs. 2 BtOG).

Ob und in welchem Umfang die örtliche Betreuungsbehörde diese Unterstützungsleistung anbietet, liegt in ihrem Ermessen.<sup>5</sup>

Die erweiterte Unterstützung umfasst weitere, über § 8 Abs. 1 BtOG hinausgehende Maßnahmen, die geeignet sind, die Bestellung eines Betreuers zu vermeiden und keine rechtliche Vertretung des Betroffenen durch die Behörde erfordern. Dabei ist die erweiterte Unterstützung kein individuell einklagbarer Anspruch.<sup>6</sup> Sie soll ein über die Vermittlung anderer Hilfen hinausgehendes, auf das Betreuungswesen fokussiertes, zeitlich begrenztes und fachlich besonders qualifiziertes Fall-Management sein mit folgendem Ziel:

- Abklärung der Möglichkeit der Betreuungsvermeidung bzw.
- Erprobung einer Einschränkung des erforderlichen Aufgabenkreises.

---

<sup>5</sup> S. auch die Begründung zum Regierungsentwurf der Betreuungsrechtsreform a.a.O. (Fn. 2) S. 353.

<sup>6</sup> A.a.O. (Fn. 5).

Geeignete Fälle sollen von der Behörde anhand eines auf fachlicher Basis zu erstellenden Kriterienrasters herausgefiltert werden.<sup>7</sup> Basiskriterien sind:

1. Es besteht ein Zusammenhang mit einem in Aussicht stehenden bzw. laufenden Betreuungsverfahren.
2. Die betroffene Person ist kooperationsfähig und -bereit.
3. Alles, was zu regeln ist, kann mit dem Betroffenen gut besprochen werden.
4. Der Betroffene kann eigenständig entscheiden.
5. Es darf kein Vertretungsbedarf bestehen.

Eine Übersichtstabelle zu den Konstellationen der erweiterten Unterstützung ist als Anlage beigefügt.

Die örtliche Betreuungsbehörde kann mit der Wahrnehmung der erweiterten Unterstützung einen anerkannten Betreuungsverein oder einen beruflichen Betreuer beauftragen, § 8 Abs. 4 BtOG (s. Kapitel F.).

## **E. Aufgaben während eines gerichtlichen Betreuungsverfahrens**

### **1. Vermittlung anderer Hilfen**

Im gerichtlichen Verfahren unterstützt die örtliche Betreuungsbehörde das Betreuungsgericht u. a. durch die Sachverhaltsaufklärung und die Erstellung des Sozialberichts. Je nach Sachverhalt kann sich die Pflicht zur Vermittlung anderer Hilfen aufgrund der festgestellten konkreten Bedarfssituation, Dringlichkeit und Fallgestaltung während der betreuungsbehördlichen Sozialberichtserstattung und im laufenden gerichtlichen Verfahren ergeben. Für die Inhalte wird auf die Ausführungen in Kapitel D. 1. verwiesen. Im Rahmen des Sozialberichts wird dem Betreuungsgericht das Ergebnis mitgeteilt.

### **2. Prüfung und ggf. Durchführung erweiterter Unterstützung**

Im Rahmen der Erstellung des Sozialberichts hat die örtliche Betreuungsbehörde auch zu prüfen, ob zur Vermeidung einer Betreuung eine erweiterte Unterstützung in Betracht kommt. Inhaltlich verweist § 11 Abs. 3 BtOG auf § 8 Abs. 2 BtOG (s. o. Kapitel D. 2.).

Auf Aufforderung des Betreuungsgerichts hat die örtliche Betreuungsbehörde unabhängig von der Erstellung eines Sozialberichts auch im laufenden Betreuungsverfahren zu prüfen, ob die Durchführung der erweiterten Unterstützung zur Vermeidung einer Betreuung oder zur Einschränkung des Aufgabenkreises bis hin zur Aufhebung einer Betreuung führen kann. Anders als im Vorfeld eines Betreuungsverfahrens, wo die Prüfung im Ermessen der Behörde liegt, trifft sie im gerichtlichen Verfahren die Pflicht zur Prüfung.

Die Durchführung der erweiterten Unterstützung dagegen liegt wie bereits im Vorfeld eines Betreuungsverfahrens im Ermessen der Betreuungsbehörde.

Die Behörde hat das Betreuungsgericht über die Durchführung und Dauer einer etwaigen Maßnahme zu informieren. Eine gerichtliche Aufsicht i. S. einer Weisungsbefugnis existiert hierbei nicht.

---

<sup>7</sup> A.a.O. (Fn. 2) S. 352 f.

Während der Durchführung der erweiterten Unterstützung ist die Pflicht zur Erstellung einer Sachverhaltsberichterstattung ausgesetzt. Das Ergebnis der Prüfung und der Durchführung der erweiterten Unterstützung ist in der Sachverhaltsberichterstattung darzulegen.

### **3. Beschränkung auf Modellprojekte**

Die Bundesländer können die Aufgabenzuweisung der erweiterten Unterstützung im laufenden Betreuungsverfahren (§ 11 Abs. 3 und 4 BtOG) im Rahmen von Modellprojekten auf einzelne Behörden innerhalb des Landes beschränken, § 11 Abs. 5 BtOG. Während der Laufzeit der Modellprojekte sind nur die teilnehmenden Modellbehörden zur Prüfung und ggf. Durchführung der erweiterten Unterstützung verpflichtet.

Macht das Land von der Möglichkeit der regionalen Beschränkung im Rahmen von Modellprojekten keinen Gebrauch, gilt die Verpflichtung nach § 11 Abs. 3 und 4 BtOG automatisch für alle örtlichen Betreuungsbehörden des Bundeslandes.

### **F. Beauftragung von Betreuungsvereinen oder beruflichen Betreuern**

Die örtliche Betreuungsbehörde kann mit der Durchführung der erweiterten Unterstützung sowohl im Vorfeld eines Betreuungsverfahrens als auch im gerichtlichen Verfahren einen anerkannten Betreuungsverein oder einen beruflichen Betreuer beauftragen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Durchführung durch einen für den konkreten Fall geeigneten Betreuer erfolgt, § 8 Abs. 4 S. 1 und 2 BtOG.

Die Beauftragung erfolgt durch eine vertragliche Vereinbarung zwischen Betreuungsbehörde und Betreuungsverein bzw. Betreuer (§ 8 Abs. 4 S. 3 BtOG), für die die Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes des jeweiligen Bundeslandes Anwendung finden. Im Vertrag sind Art, Umfang und Dauer der erweiterten Unterstützung zu regeln. Auch die wechselseitigen Pflichten der beiden Vertragspartner sind zu benennen (z. B. Informations- und Berichtspflichten). Der Betroffene kann die Leistung in Anspruch nehmen, wird aber selbst kein Vertragspartner.

In dem Vertrag soll auch die Finanzierung der übertragenen Aufgaben geregelt werden. Eine Anlehnung an die Vergütung von Betreuern ist sinnvoll. Bei Betreuungsvereinen kommt anstelle der Vereinbarung der Finanzierung im Vertrag gegebenenfalls auch in Betracht, bestehende Förderrichtlinien oder -vereinbarungen anzupassen. Denkbar sind Fallpauschalen oder vereinbarte Stundensätze, die später auch nachgewiesen werden können. Hier besteht seitens der Kommune und der Vertragspartner vollkommene Vertragsfreiheit.

Die örtliche Betreuungsbehörde bleibt während der Beauftragung verantwortlich. Sie wertet (gegebenenfalls gemeinsam mit dem Betroffenen und dem Betreuer) den Erfolg der Maßnahme aus und entscheidet über eine etwaige Verlängerung der Maßnahme. Sie teilt dem Betreuungsgericht ihre Einschätzung zur Erforderlichkeit einer rechtlichen Betreuung mit.

## Anlage: Übersicht zu den Konstellationen der erweiterten Unterstützung

Rechtsgrundlage	Gesetzestext	Voraussetzungen	Inhalte / Ablauf
<p>§ 8 Abs. 1 BtOG</p> <p>Beratungs- und Unterstützungsangebot, Vermittlung anderer Hilfen</p>	<p>Wenn im Einzelfall Anhaltspunkte für einen Betreuungsbedarf nach § 1814 Abs. 1 BGB bestehen, soll die Behörde dem Betroffenen zur Vermeidung der Bestellung eines Betreuers ein Beratungs- und Unterstützungsangebot unterbreiten. Die Beratung und Unterstützung umfasst auch die Pflicht, andere Hilfen nach § 5 Abs. 1, bei denen kein Betreuer bestellt wird, mit Zustimmung des Betroffenen zu vermitteln. Insbesondere ist ein Kontakt zwischen dem Betroffenen und dem Beratungs- und Unterstützungsangebot des sozialen Hilfesystems herzustellen. Bei antragsabhängigen Leistungen ist der Betroffene dabei zu unterstützen, die notwendigen Anträge selbst zu stellen. Die Behörde arbeitet zur Vermittlung geeigneter Hilfen zur Betreuungsvermeidung mit den zuständigen Sozialleistungsträgern zusammen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine laufende Betreuung</li> <li>• Kein anhängiges Betreuungsverfahren</li> <li>• Anhaltspunkte für einen Betreuungsbedarf</li> <li>• Zustimmung des Betroffenen</li> <li>• Mitwirkungsbereitschaft des Betroffenen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fachliche Einschätzung der Betreuungsbehörde, ob es sich um einen geeigneten Fall handelt</li> <li>• Beratung über in Frage kommende Hilfen zur Vermeidung einer Betreuung</li> <li>• Aufzeigen von möglichen Hilfen und Mitteilung von Hilfebedarf an andere Fachbehörden</li> <li>• Bei Bedarf Herstellung eines Kontakts zwischen Betroffenen und sozialem Hilfesystem</li> <li>• Unterstützung des Betroffenen, Leistungen selbst zu beantragen</li> <li>• Gegenseitige Verpflichtung zur Zusammenarbeit zwischen Betreuungsbehörde und Sozialleistungsträgern</li> <li>• Keine rechtliche Vertretung des Betroffenen</li> <li>• Keine Fallverantwortung der Betreuungsbehörde</li> <li>• Ersetzt nicht die Beratungs- und Unterstützungspflichten anderer Sozialleistungsträger</li> </ul>
<p>§ 8 Abs. 2 BtOG</p> <p>Erw. Unterstützung im Vorfeld einer Sachverhaltsermittlung (SVE)</p>	<p>Die Beratung und Unterstützung der Behörde nach Abs. 1 kann darüber hinaus in geeigneten Fällen mit Zustimmung des Betroffenen im Wege einer erweiterten Unterstützung durchgeführt werden. Diese umfasst weitere, über Abs. 1 hinausgehende Maßnahmen, die</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine laufende Betreuung</li> <li>• Kein anhängiges Betreuungsverfahren</li> <li>• Anhaltspunkte für einen Betreuungsbedarf</li> <li>• Fälle mit komplexeren Problemlagen</li> <li>• Zustimmung des Betroffenen</li> <li>• Mitwirkungsbereitschaft des Betroffenen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fachliche Einschätzung der Betreuungsbehörde, ob es sich um einen geeigneten Fall handelt</li> <li>• Ermittlung des individuellen Unterstützungs- und Hilfebedarfs des Betroffenen</li> <li>• Niedrigschwellige Unterstützung des Be-</li> </ul>

	geeignet sind, die Bestellung eines Betreuers zu vermeiden, und die keine rechtliche Vertretung des Betroffenen durch die Behörde erfordern.		<p>treffen bei der Geltendmachung seiner sozialrechtlichen Ansprüche</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• zeitlich begrenztes, fachlich besonders qualifiziertes Fall-Management zur Betreuungsvermeidung</li> <li>• Keine rechtliche Vertretung des Betroffenen</li> <li>• Ersetzt nicht die Beratungs- und Unterstützungspflichten anderer Sozialleistungsträger</li> <li>• Möglichkeit der Beauftragung von Betreuungsverein/Berufsbetreuer; Verantwortung verbleibt bei Betreuungsbehörde</li> </ul>
<p>§ 11 Abs. 3 BtOG</p> <p>Erw. Unterstützung im Rahmen der SVE</p>	<p>Im Rahmen der Erstellung des Sozialberichts hat die Behörde zu prüfen, ob zur Vermeidung einer Betreuung eine erweiterte Unterstützung nach § 8 Abs. 2 in Betracht kommt. In geeigneten Fällen hat die Behörde mit Zustimmung des Betroffenen eine erweiterte Unterstützung durchzuführen. Die Behörde hat das Betreuungsgericht über die Durchführung und die voraussichtliche Dauer von Maßnahmen nach § 8 Abs. 2 zu informieren. Während der Durchführung der erweiterten Unterstützung ist die Pflicht der Behörde zur Erstellung eines Sozialberichts ausgesetzt. Das Ergebnis der Prüfung nach Satz 1 und bei Durchführung einer erweiterten Unterstützung deren Ergebnis sind im Sozialbericht darzulegen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anhängiges Betreuungsverfahren</li> <li>• Anhaltspunkte, dass durch eine erweiterte Unterstützung eine Betreuung vermieden werden kann</li> <li>• Zustimmung des Betroffenen</li> <li>• Mitwirkungsbereitschaft des Betroffenen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fachliche Einschätzung der Betreuungsbehörde, ob es sich um einen geeigneten Fall handelt</li> <li>• Wenn ja: Durchführung der erw. Unterstützung nach § 8 Abs. 2 zur Betreuungsvermeidung bzw. Einschränkung der Betreuung</li> <li>• Betreuungsbehörde informiert das Betreuungsgericht über Durchführung und voraussichtliche Dauer der erw. Unterstützung sowie das Ergebnis.</li> <li>• Während der erw. Unterstützung ist die Pflicht der Behörde zur Erstellung eines Sozialberichts ausgesetzt.</li> <li>• <b>Beachte:</b> Die erw. Unterstützung kann von den Bundesländern im Rahmen von Modellprojekten <b>auf einzelne Behörden beschränkt</b> werden.</li> </ul>

<p>§ 11 Abs. 4 BtOG</p> <p>Erw. Unterstützung unabhängig von einer SVE</p>	<p>Auf Aufforderung des Betreuungsgerichts hat die Behörde auch unabhängig von der Erstellung eines Sozialberichts zu prüfen, ob die Durchführung einer erweiterten Unterstützung zur Vermeidung einer Betreuung führen kann. Abs. 3 S. 2, 3 und 5 gilt entsprechend.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anhängiges Betreuungsverfahren</li> <li>• i.d.R. laufende Betreuung (insbesondere Fallgestaltungen nach Bestellung eines Betreuers)</li> <li>• Anhaltspunkte, dass durch eine erw. Unterstützung eine Betreuung vermieden/aufgehoben/eingeschränkt werden kann</li> <li>• Zustimmung des Betroffenen</li> <li>• Mitwirkungsbereitschaft des Betroffenen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufforderung durch das Betreuungsgericht zur Prüfung, ob eine erw. Unterstützung in Betracht kommt</li> <li>• Fachliche Einschätzung der Betreuungsbehörde, ob es sich um einen geeigneten Fall handelt</li> <li>• Wenn ja: Durchführung der erw. Unterstützung nach § 8 Abs. 2 mit dem Ziel der Aufhebung/Einschränkung der Betreuung</li> <li>• <b>Beachte:</b> Die erw. Unterstützung kann von den Bundesländern im Rahmen von Modellprojekten <b>auf einzelne Behörden beschränkt</b> werden.</li> </ul>
--	---	---	---